

Amtliche Bekanntmachung



Amtsgericht Gummersbach

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Donnerstag, 21.01.2027, 10:30 Uhr,
I.. Etage, Sitzungssaal 113, Steinmüllerallee 1a, 51643 Gummersbach**

folgender Grundbesitz:

**Grundbuch von Gummersbach, Blatt 15221,
BV lfd. Nr. 4**

Gemarkung Gummersbach, Flur 61, Flurstück 1459, Gebäude- und Freifläche,
Eckenhagener Straße 27, Größe: 1.255 m²

versteigert werden.

Laut Wertgutachten handelt es sich um ein 2015 massiv errichtetes und freistehendes nicht unterkellertes zweigeschossiges 2-Familienhaus mit einem eingeschossigen Anbau sowie einem separaten Garagengebäude. Das Objekt ist in einem baulich guten Zustand und macht einen gepflegten Eindruck. Es wird eigengenutzt; die Wohnfläche der Wohnung im EG beträgt ca. 100 m² und der weiteren Wohnung im EG/OG ca. 267 m².

Die Begutachtung erfolgte ohne Innenbesichtigung.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 13.01.2026 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

625.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.